

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 13

Artikel: Der Angestellte als Vermittler : Castros "Initiativen" bezüglich Afghanistans
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093913>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Castros «Initiativen» bezüglich Afghanistans

Der Angestellte als Vermittler

Peter Sager zum sowjetischen Rollenverhalten Kubas

Fidel Castro arbeitet für das Unternehmen Sowjetunion im Aussendienst. Jetzt wird er unter anderem dazu gebraucht, den islamischen Staaten die sowjetische Behandlung Afghanistans schmackhaft zu machen.

Kubas wirtschaftliche Schwierigkeiten wachsen, und damit auch seine Abhängigkeit von der Sowjetunion. Moskaus Schwierigkeiten in und wegen Afghanistan wachsen ebenfalls. Der Widerstand der Afghanen hält an. Dessen Führer trafen sich sogar in der Schweiz zu Gesprächen. Die «politischen Vorschläge» vom 14. Mai der Moskauer Marionetten in Kabul vermochten kein internationales Interesse zu wecken. Etliche nahöstliche Länder nehmen Distanz zu Moskau und verkürzen den Abstand zum Westen.

Afghanistan gemeint aber nicht genannt

So muss sich Moskau neue Initiativen einfallen lassen. Kubas Castro führt den Vorsitz der «Blockfreien». Was liegt näher, als dass er diese Bewegung in Moskaus Dienste zu stellen versucht? Am 30. Mai lud er ein Ministertreffen in Havanna vom Juli ein, «internationale politische und wirtschaftliche Entwicklungen zu besprechen, um Frieden und Entspannung zu stärken, welche durch die Verschärfung einiger Konflikte und das Entstehen neuer Spannungen gelitten haben». Afghanistan wurde in der Einladung nicht genannt, aber dieser Konfliktherd war gemeint. Dieser Versuch ist nur eine Etappe in den Bemühungen Castros, der Sowjetunion wegen Afghanistan zu helfen. So kann er Schulden begleichen. Nach der ersten Ueberraschung und stummen Verlegenheit über Moskaus Invasion in Kabul wurde Castro rasch an seine Pflichten erinnert. Kuba führte am 14. Januar die kleine Gruppe der neun linken «blockfreien» Länder an, die allein mit den osteuropäischen Ländern gegen die UNO-Resolution stimmten, welche die Sowjetinvasion verurteilte.

Pakistan herumkriegern

Im März sandte Castro seinen Aussenminister Isidoro Malmierca auf eine Reise in verschiedene blockfreie Hauptstädte, unter ihnen Kabul. Er hat insgeheim auch in Moskau eine Unterredung

mit Gromyko geführt. Er sollte Unterstützung für Kuba als Mediator zwischen Kabul und Islamabad gewinnen, womit Pakistan de facto das neue Regime in Afghanistan anerkannt hätte. Die zwei blockfreien Staaten, die am meisten von der Sowjetpräsenz in Kabul betroffen sind, Pakistan und Iran, haben eine solche Anerkennung verweigert. Im April und Mai unternahm Malmierca zwei weitere Reisen, sogar nach Prag und Wien, ohne indessen Fortschritte zu erzielen.

Castros Lage als Vorsitzender der Blockfreien ist heikel. 39 der 94 Mitgliedstaaten gehören zugleich der einflussreichen Islam-Konferenz an. An einer Ministertagung in Islamabad stimmte die Konferenz am 22. Mai einer Resolution zu, in welcher der sofortige und bedingungslose Rückzug der UdSSR aus Afghanistan verlangt wurde und in welcher auch an die UNO-Abstimmung vom 14. Januar erinnert wurde, wo sich 104 Staaten für die Resolution und bei 18 Enthaltungen ebenfalls 18 Staaten dagegen aussprachen.

Nur 2 der 39 Mitgliedstaaten der Islam-Konferenz gehören nicht zu den Blockfreien. Gegen die Resolution vom 22. Mai hatte niemand gestimmt; Algerien, Libyen, Südjemen, Syrien und die PLO hatten sich der Stimme enthalten.

So steht Castro einer erheblichen Opposition gegenüber, wenn er unter den Blockfreien Verständnis für den Sowjetangriff gegen einen Mitgliedstaat werben will. Er wird versuchen, die Afghanistan-Frage aus dem Hintergrund wirken zu lassen und sie mit andern Krisenherden zu tarnen.

Die gemässigten Mitglieder der «Blockfreien» sind seit letztem Jahr über Castros Versuche besorgt, die Bewegung auf Moskauer Kurs zu bringen. Seine Führung bedroht die Grundsätze, die der verstorbene Präsident Tito mitformulierte und zeit seines Lebens verteidigte, zuletzt an der Vollkonferenz in Havanna im vergangenen Jahr. Castro hat seine Absicht wiederholt bekundet, die Sowjetunion als den «natürlichen Alliierten» der Dritten Welt zu akkreditieren.

Bestätigung: So blockfrei wie die DDR

Die Vorbehalte gegenüber Castro als Sprecher der Blockfreien sind nach dem Besuch der DDR-Delegation unter Führung von SED-Generalsekretär Erich Honecker vom 27. Mai bis 1. Juni in Kuba erheblich gestiegen. Am 31. Mai, einen Tag, nachdem Castro die blockfreie Ministerkonferenz einberief, hat er einen Freundschaftspakt mit der DDR unterzeichnet, der sich auf 25 Jahre erstrecken soll.

Wenn der Status Kubas als Sowjetsatellit eines weiteren Nachweises bedurft hätte, wäre er damit erbracht worden. Artikel 10 dieses Freundschaftspaktes sieht vor, dass wenn sich eine Lage von besonderer Bedeutung für die beiden Länder ergibt, sie sofort eine gemeinsame Aktion festlegen werden.

Solche «gemeinsame Aktionen» sind längst eine Tatsache, wie der Umstand zeigt, dass beide Länder auf Moskaus Geheiss militärisch in Afrika intervenieren. Ferner haben Kuba und die DDR Freundschaftspakte mit Angola, Mozambique und Aethiopien abgeschlossen, drei Mitglieder des «progressiven» Flügels der Blockfreien.

Der neue Freundschaftspakt mit der DDR weckt auch Besorgnis im karibischen Raum, wo Castro seinen Einfluss steigern möchte.

Die Sandinisten zeigen Lagerzugehörigkeit

Es ist bemerkenswert, dass der offiziellen Begrüssung Honeckers in Havanna am 28. Mai auch Humberto Ortega beiwohnte, Oberkommandierender der Sandinistischen Volksarmee von Nicaragua.

Nicaragua, zusammen mit Grenada und Jamaica, sind denn auch im Schlusscommuniqué von Castro und Honecker am 1. Juni besonders erwähnt worden.

In diesen drei Ländern hat Castro eindeutige politische Ziele; unter anderem sollen sie dem progressiven Flügel der Blockfreien zugeführt werden. Am 22. Mai haben Kuba und Grenada einen Vertrag abgeschlossen, der eine enge Zusammenarbeit auf mehreren Gebieten und kubanische Hilfe für Wirtschaft, Bauwirtschaft und Landwirtschaft Grenadas vorsieht. Kuba ist zu solcher Hilfeleistung nur im Auftrag Moskaus fähig, amtiert also als dessen Vorposten und Tarnadresse.



Castro und Honecker nach Vertragsabschluss.